



Liebe Leserin, lieber Leser

Inhalt

Es gibt die offene und solidarische Schweiz	1
Unterstützungen 2014	
Bessere Arbeitsbedingungen – gegen Prekarisierung	3
Gewerkschaftsrechte und Demokratie	10
Verteidigung von Land und Lebensraum	15
Gegen Repression und Kriminalisierung	19
Information und Vernetzung	21
Jahresrechnung	25
Jahresrechnung im Detail	26
Bilanz	28
Kommentar zur Jahresrechnung	29
Revisionsbericht	30
Die Stiftung SOLIFONDS	31
SOLIFONDS braucht Ihre Unterstützung	32

Der SOLIFONDS unterstützt soziale Befreiungskämpfe. Davon zeugen die Aktionen und Kampagnen des vergangenen Jahres, von denen wir hier berichten. Ab und zu werden wir auf den Begriff «Befreiungskampf» angesprochen. Ob er noch zeitgemäss sei, wird gefragt.

Wenn wir den Einsatz jener Menschen anschauen, die wir unterstützen, müssen wir diese Frage klar bejahen. Arbeiterinnen und Arbeiter werden entlassen, geschlagen, gar ermordet, weil sie die Prekarisierung nicht hinnehmen. Bauernfamilien vertrieben, weil multinationale Konzerne ihr Land beanspruchen, Menschen, die sich für ihre Rechte einsetzen, kriminalisiert und verfolgt. Sie haben sich entschieden, sich zusammenzuschliessen und dagegen anzukämpfen – für ihre soziale Befreiung. In diesem Kampf ist unsere Solidarität gefordert, denn es ist ein gemeinsamer Kampf für eine gerechte und solidarische Welt.

Gemeinsam mit vielen Menschen aus verschiedenen Ländern danken wir Ihnen, dass Sie es ermöglicht haben, diese Solidarität konkret umzusetzen. Und wir hoffen, dass wir weiterhin auf Ihre Unterstützung zählen dürfen.

Umschlag: Heimarbeiterinnen in
Pakistan demonstrieren für ihre
Rechte. Foto: HBWWF

Urs Sekinger, Koordinator

Yvonne Zimmermann, Koordinatorin

Es gibt die solidarische und offene Schweiz – nicht nur die fremdenfeindliche

Das vergangene Jahr war in der Schweiz durch die fremdenfeindlichen Kampagnen für die Initiative gegen die «Masseneinwanderung» und die isolationistische Ecopop-Initiative geprägt. Es gibt aber auch die solidarische und offene Schweiz. Sie widerspiegelt sich beispielsweise in der internationalen Solidaritätsarbeit, die wir dank unseren Spenderinnen und Spendern leisten konnten. Dieser Jahresbericht zeugt davon.

*Einen Arbeitsschwerpunkt bildeten 2014 **Unterstützungen im Kampf für würdige Arbeitsbedingungen und gegen die verstärkte Prekarisierung**. Konzerne nehmen zunehmend Leiharbeit in Anspruch, um Festanstellungen zu umgehen und auf diese Weise Kosten zu sparen. So geschehen etwa bei Tochtergesellschaften von Glencore in Kolumbien oder auch im Fall Holcim in Indien, bei dem wir seit 2011 mit der Gewerkschaft der LeiharbeiterInnen zusammenarbeiten. Unterstützt haben wir auch zahlreiche Kampagnen für existenzsichernde Löhne, etwa der LandarbeiterInnen in Südafrika oder der TextilarbeiterInnen in Bangladesch und Kambodscha.*



«Dank der Solidarität unserer FreundInnen ist der Kampf der LeiharbeiterInnen in indischen Holcim-Werken auch in der Schweiz bekannt geworden.» Die indische Delegation mit dem SOLIFONDS-Büro am SGB-Kongress 2014: Urs Sekinger, Lakhan Sahu, Yvonne Zimmermann, Rajkumar Sahu, Shalini Gera, Hans Schäppi (v.l.n.r.)

Foto: Jean-Jacques Magnin

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten **Unterstützungen im Kampf für Gewerkschaftsrechte und Demokratie**. In vielen Ländern wird die Koalitionsfreiheit trotz ratifizierter ILO-Abkommen nicht respektiert. In Algerien und Ägypten kämpfen die autonomen Gewerkschaften seit langem für das Recht, sich unabhängig zu organisieren, und für Demokratie. In Tunesien setzt sich das Netzwerk RAID ebenfalls für Demokratie und für eine Wirtschaftspolitik im Dienste der Bevölkerung ein. Unterstützt haben wir ausser diesen Organisationen auch Gewerkschaften in Togo, Burkino Faso, Sri Lanka und Pakistan, sei es zur Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten oder besseren Arbeitsbedingungen.

Die **Verteidigung von Land und Lebensraum** bildete wie in früheren Jahren einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt. So leistete der SOLIFONDS Rechtshilfe für falsch angeschuldigte Landlose im Fall Curuguaty in Paraguay. Das «Massaker von Curuguaty» an landlosen Kleinbauern im Juni 2012 war der provozierte Anlass für den Putsch gegen Präsident Lugo im Interesse von Agrarkonzernen wie Monsanto und Syngenta. Unterstützt haben wir in ihrem Kampf um Land auch die Landlosenbewegung in Brasilien, vom Bergbau Betroffene in Kolumbien, Kleinbauernfamilien in Zimbabwe sowie indigene Gemeinschaften in Indien, die sich mit einem Marsch gegen ihre Vertreibung wehren.

Schliesslich ging es auch um **Unterstützungen gegen Repression und Kriminalisierung**. Menschen, die sich in sozialen Bewegungen und Organisationen für ihre Rechte und demokratische Veränderungen einsetzen, werden in vielen Ländern bedroht, unter Druck gesetzt und mitunter als «Agenten ausländischer Interessen» verschrien. In Pakistan, Kasachstan und Kolumbien haben wir Gewerkschaften und Basisbewegungen in ihren Kampagnen gegen die Kriminalisierung unterstützt, in mehreren weiteren Fällen einen Beitrag an Rechtshilfe geleistet.

Es ist uns auch wichtig, hier in der Schweiz mit anderen Organisationen für gemeinsame Ziele zusammenzuarbeiten. Im Rahmen von MultiWatch entstand so das Buch «Milliardengeschäfte mit Rohstoffen. Der Schweizer Konzern Glencore Xstrata».

Der SOLIFONDS, der keine staatlichen Mittel erhält, kann seine Solidaritätsarbeit nur dank Spenden und Zuwendungen leisten. Wir bitten Sie deshalb, den SOLIFONDS auch in der kommenden Zeit zu unterstützen und danken Ihnen für Ihre Solidarität auch im Namen unserer Partnerorganisationen.

Hans Schächli, Präsident

Bangladesh – TextilarbeiterInnen erkämpfen ihren Lohn mit Hungerstreik



In Bangladesh traten die TextilarbeiterInnen des Unternehmens Tuba Group Anfang August in den Hungerstreik. Während drei Monaten hatten sie ihren ohnehin prekären Lohn nicht mehr erhalten. Hintergrund: Der Besitzer der Tuba Group war seit Februar wegen seiner vermuteten Verantwortung im Brandfall der Fabrik Tazreen Fashions inhaftiert, bei dem über 112 ArbeiterInnen ums Leben gekommen waren. Nach seiner Verhaftung stellte das Unternehmen die Lohnzahlung an 1600 ArbeiterInnen ein und nahm sie damit praktisch in Geiselhaft. Der Hungerstreik der TextilarbeiterInnen zeigte Erfolg, obwohl er nach elf Tagen von der Polizei mit Gewalt aufgelöst wurde. Die ArbeiterInnen bekamen ihren ausstehenden Lohn ausbezahlt. Zudem entstand eine breite Solidaritätswelle mit den TextilarbeiterInnen. Für die Wiedereröffnung der nach dem Streik geschlossenen Fabriken und für ihre Weiterbeschäftigung kämpfen die NäherInnen aber noch immer. Der SOLIFONDS hat mit seiner 1.-Mai-Aktion die Kämpfe der Textilarbeiterinnen in Bangladesh unterstützt.

Protestierende Textilarbeiterinnen in einem besetzten Fabrikgebäude in Dhaka. Foto: Indrajit Ghosh/ Demotix

Kambodscha – Aktionstag für existenzsichernde Mindestlöhne in den Textilfabriken

Die Löhne der Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter in Kambodscha reichen kaum zum Überleben. Schon lange fordern sie deshalb einen existenzsichernden Mindestlohn. Im Dezember des vergangenen Jahres legten Zehntausende von ArbeiterInnen die Arbeit in den Textilfabriken nieder; wochenlange Proteste wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Im September dieses Jahres nahmen die TextilarbeiterInnen den Kampf mit einem Aktionstag wieder auf, den

der SOLIFONDS unterstützt hat. Diesmal erhielten sie Support in zahlreichen Ländern: Gewerkschaften forderten internationale Modelabels auf, dafür zu sorgen, dass ihre Zulieferfirmen einen existenzsichernden Lohn zahlen. Schon bald zeigte sich ein erster Erfolg: Acht Modelabels schrieben in einem Brief an die Regierung und den Textilunternehmerverband in Kambodscha, dass sie höhere Preise für die Kleiderlieferungen bezahlen könnten, wenn die Löhne aufgehoben würden.

Indien – LeiharbeiterInnen bei Holcim verlangen feste Anstellungen

Seit Jahrzehnten kämpfen die LeiharbeiterInnen im Holcim-Zementwerk im indischen Jamul (Chhattisgarh) für ihre Festanstellung. Obwohl zwei Gerichtsinstanzen festgehalten haben, dass die von der Holcim-Tochter praktizierte Auslagerung von Arbeiten nicht rechtmäßig ist, zieht der Konzern den Fall mit Rekursen in die Länge. Die LeiharbeiterInnen verdienen derweil noch immer einen Hungerlohn. Die 2012 beim Staatssekretariat für Wirtschaft seco eingereichte Klage gegen Holcim wegen Verletzung der OECD-Unternehmensrichtlinien hat bisher zu keinem Ergebnis geführt. Auf Kritik hat die Konzernleitung mehrmals mit der Aussage reagiert, dass die LeiharbeiterInnen froh sein sollten, überhaupt bei Holcim

arbeiten zu dürfen, und dass sie bei der bevorstehenden Modernisierung des Werks nicht mehr benötigt würden.

Seit Jahren unterstützt der SOLIFONDS die LeiharbeiterInnengewerkschaft PCSS mit Solidaritätsaktionen, zusammen mit MultiWatch und Unia. Im Oktober 2014 hat er ihre Delegation in die Schweiz koordiniert und begleitet.

Leiharbeiter des Holcim-Zementwerks im indischen Jamul an einem Protest. Foto: Karin Scheidegger



Pakistan – Heimarbeiterinnen fordern Rechte als Arbeiterinnen ein

In Pakistan leisten Millionen Arbeiterinnen Heimarbeit. Bei sich zu Hause nähen sie Fussbälle, Leder- und Textilkleidung, fertigen Glasschmuck, aufwändige Stickereien oder schälen Garnelen. Sie arbeiten unter äusserst prekären Bedingungen: Sie werden nach Anzahl gefertigter Produkte bezahlt, und weil die Stückzahlpreise immer weiter gedrückt werden, sind sie zu langen Arbeitstagen gezwungen; dabei verdienen sie

einen Hungerlohn und haben keinen Zugang zu Sozialversicherungen, etwa zu einer Rente. Der Verband der Heimarbeiterinnen HBWWF, der sich für ihre Rechte und für die Anerkennung der Heimarbeiterinnen als Arbeiterinnen einsetzt und vor allem in den südlichen Provinzen stark ist, dehnt seine Organisationsarbeit auf die grossen Städte der Provinz Punjab aus, um auch da die Heimarbeiterinnen zu stärken.

Kolumbien – Streik der Leiharbeiter in den Kohleminen

Im Juli traten 3500 Leiharbeiter der grossen Tagebaukohleminen in Kolumbien in den Streik. Sie werden von ihrer Firma Dimantec an die Kohleunternehmen – darunter eine Glencore-Tochterfirma – weitervermittelt und verdienen gerade mal ein Drittel des Lohns der Direktangestellten. Während ihrer Arbeitsniederlegung wurden die Gewerkschafter von Paramilitärs mit dem Tode bedroht; das Unternehmen versuchte, den Streik als illegal erklären zu lassen, und organisierte zusammen mit

den nicht am Streik beteiligten Administrativangestellten eine Abstimmung zum Abbruch des Streiks. Arbeitern wurden gedroht, dass sie ihre Stelle verlören, wenn sie nicht für die Wiederaufnahme der Arbeit stimmten. Bis heute dauert der Konflikt an. Der Streik hat die Mittel der Gewerkschaft rasch aufgebraucht, mit Unterstützung durch den SOLIFONDS konnte die Gewerkschaft den anschliessenden Kampf auf juristischer Ebene um die Frage der Legalität des Streiks dennoch aufnehmen.

Peru – Gerechtigkeit für entlassene Minenarbeiter

Im November 2008 stellte das vom Schweizer Rohstoffkonzern Glencore kontrollierte Minenunternehmen Perubar unvermittelt die Produktion in der Mine Rosaura ein und sperrte die 300 Minenarbeiter, die über Leihfirmen angestellt waren, aus. Dies sei eine Massenentlassung, reklamierte die Gewerkschaft Sintramin und reichte Klage ein, da die Arbeiter ausserdem gezwungen worden seien, ihre eigene Kündigung einzureichen. Im August 2013 entschied das zuständige Gericht, dass auf die Arbeiter zwar Druck zur Eigenkündigung ausgeübt worden sei, dass sie aber Entschädigungen akzeptiert hätten und die Kündigungen damit rechens seien. Gegen diesen Entscheid hat Sintramin Rekurs eingelegt, da das peruanische Verfassungsgericht in einem anderen Urteil entschieden

hatte, dass die Annahme von Entschädigungen nicht mit einer Akzeptanz der Kündigung gleichgesetzt werden könne. Der SOLIFONDS unterstützt die Gewerkschaft in ihrem juristischen Kampf für Gerechtigkeit. Falls nötig, will Sintramin an den interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte gelangen.



«Die Schweizer Glencore massakriert meine Rechte!!» Protest von entlassenen Minenarbeitern vor der Schweizer Botschaft in Lima, August 2010. Foto: CNMM

Mali – Organisierung der Hausarbeiterinnen bringt Erfolge

Jedes Jahr kommen die Hausarbeiterinnen in Mali anfangs Juni zu einem von ihrer Gewerkschaft ADDAD organisierten Treffen zusammen. Bevor viele von ihnen für die Aussaatzeit zu ihren Familien zurückkehren, ziehen sie Bilanz. Diese war dieses Jahr positiv: Die Gewerkschaft ist gewachsen, in zwölf Bezirken der Hauptstadt sind Mitglieder aktiv und sprechen auf den Märkten oder bei Kirchen und Moscheen andere Hausarbeit-

rinnen an und informieren sie über die Arbeit ihrer Gewerkschaft. Dank der grösseren Zahl aktiver Mitglieder kann sich die Gewerkschaft besser für die Rechte der Hausarbeiterinnen einsetzen. Ein Teil der Hausarbeiterinnen hat einen freien Sonntag erhalten und Übergriffe werden zunehmend angezeigt und geahndet. Der SOLIFONDS hat das für die Kontinuität der Gewerkschaftsarbeit wichtige Treffen im Juni unterstützt.

Südafrika – LandarbeiterInnen kämpfen für ihre Existenzgrundlage

Viele Farmer gehen seit dem Aufstand der Landarbeiterinnen und Landarbeiter von 2012, in dem diese einen existenzsichernden Lohn sowie Wohn- und Landnutzungsrechte forderten, hart gegen die LandarbeiterInnen vor. Täglich werden Familien von den Farmen vertrieben, ArbeiterInnen wegen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit entlassen, Vergünstigungen wie Mitfahrgelegenheiten gestrichen oder gar Anklagen gegen LandarbeiterInnen erhoben. Unterstützt von der Landrechtsorganisation TCOE und dem SOLIFONDS konnten in mehreren Orten im Westkap Treffpunkte für LandarbeiterInnen eröffnet werden, wo die Betroffenen sich austauschen und vernetzen können. Eine

Rechtsberatungsstelle wurde eingerichtet, die Rechtsverletzungen gegenüber LandarbeiterInnen dokumentiert, 3'500 Fälle im ersten Jahr. Die Beratungsstelle ist jederzeit kostenlos per Handy oder SMS erreichbar. Hunderte von Klagen gegen die streikenden LandarbeiterInnen sind vor den Gerichten hängig. Auch hier organisiert TCOE den Rechtsbeistand für die Angeklagten.

«Wir haben genug vom Sklavenhandel.» LandarbeiterInnen in Südafrika fordern sichere Existenzgrundlagen.

Foto: TCOE



Israel/Palästina – Recht erkämpfen, sich zu organisieren

Der Palästinenser Hatem Abu Ziadeh arbeitete seit 17 Jahren als Mechaniker in der besetzten Westbank, bis Ende Juli die zuständige Polizei seine Arbeitserlaubnis widerrief, was einer Entlassung gleichkam. Der israelische Besitzer der Zarfati-Garage hatte ihn als Sicherheitsrisiko denunziert. Für die israelische Menschenrechtsorganisation WAC-MAAN, die die arabischen ArbeiterInnen in Israel in Betriebsgewerkschaften organisiert, ist der Hintergrund offensichtlich: Die Arbeit

ter von Zarfati hatten eine Gewerkschaft gegründet und Hatem Abu zu ihrem Sprecher gewählt. Nachdem sie einstimmig beschlossen hatten, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu streiken, setzte der Besitzer Streikbrecher und Schlägertrupps ein. Ohne Erfolg. Dann kam die falsche Anklage gegen Hatem Abu und seine faktische Entlassung. WAC-MAAN hat gegen dieses Vorgehen juristische Schritte in Israel eingeleitet und eine Klage bei der ILO eingereicht.

Ägypten – Für Gewerkschaftsfreiheit und Demokratie

Die Erwartung der unabhängigen Gewerkschaften, dass in der neuen Verfassung, die im Januar 2014 von der ägyptischen Stimmbevölkerung angenommen wurde, die Gewerkschaftsfreiheit endlich verankert sei, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die (Militär-)Regierung geht zunehmend härter gegen soziale Bewegungen und gegen Proteste von ArbeiterInnen vor. Der Kampf für politische Partizipation gehe deshalb weiter, schreibt Kamal Abbas, Koordinator der unabhängigen Gewerkschafts-

organisation CTUWS. Im Zentrum stehen für CTUWS das Erlangen fairer Arbeitsbedingungen, die Gewerkschaftsfreiheit sowie die Rechtshilfe für verhaftete oder angeklagte GewerkschafterInnen. CTUWS organisierte Versammlungen in zahlreichen Grossbetrieben und intervenierte bei der Justiz und dem Arbeitsministerium. Erfolge, etwa der Wiedereinstellung von fünf entlassenen Gewerkschaftern beim Lebensmittelkonzern Cadbury, steht die staatliche Repression gegenüber.



Arbeiter der ägyptischen Propylenfabrik EPPC fordern im Januar 2014 die ihnen per Gesetz und Verfassung zustehenden Mitbestimmungs- und Gewinnbeteiligungsrechte ein. Foto: CTUWS

Algerien – Unabhängige Gewerkschaften lassen sich nicht unterkriegen

Der Druck auf autonome Gewerkschaften nimmt ständig zu. Im Sommer wurden innert kürzester Zeit dreissig Arbeiter bei der staatlichen Firma Sonalgaz entlassen, weil sie eine unabhängige ArbeiterInnenvertretung gegründet hatten. Dreissig weiteren wurde die Kündigung angedroht. Aus dem gleichen Grund wurden zehn PostarbeiterInnen entlassen. Darin zeigt sich die zunehmende Nervosität auf offizieller Seite gegenüber den unabhängigen Gewerkschaften, deren Zahl ausser in staatlichen Betrieben auch in der Privatwirtschaft ansteigt, trotz Repression. Gleichzeitig nimmt die «Internationa-

lisierung» des Konflikts zu: Die erwähnten Entlassungen wurden bei der Internationalen Arbeitsorganisation ILO angeklagt. Derweil hat der unabhängige Gewerkschaftsbund CGATA im neu gegründeten arabischen Gewerkschaftsbund Einsitz genommen, und nicht die regierungstreue UGTA. Deren Sitz im Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbunds wurde suspendiert.

In dieser Entwicklung widerspiegelt sich der hartnäckige Kampf der unabhängigen GewerkschafterInnen in Algerien, aber auch die internationale Solidarität, auf die sie zählen können.

Tunesien – Wirtschaftspolitik verstehen dank Volksuniversität

Die Organisation für eine alternative Wirtschaftsentwicklung RAID setzt sich für die Forderungen der Revolution von 2011 «Brot, Würde, Arbeit» ein. Dementsprechend ist Demokratie nicht nur eine Frage von Wahlen. Für RAID ist unter anderem auch das Wissen um wirtschaftspolitische Zusammenhänge in der nationalen und internationalen Politik und deren Auswirkungen auf Tunesien zentral. Beispielsweise dazu, wie der Internationale Währungsfonds IWF für eine Kreditzusage die

Abschaffung der Subventionen für Grundnahrungsmittel verlangt und damit die Armut der tunesischen Bevölkerung vertieft und den Zwang zur Migration verstärkt. Um dieses Wissen vor allem unter der jüngeren Bevölkerung zu vertiefen, baut RAID eine Volksuniversität auf.

Aus Anlass ihres 150-jährigen Bestehens hat die Speisegesellschaft Winterthur über den SOLIFONDS dieses Projekt unterstützt und damit Bildungsveranstaltungen an verschiedenen Orten ermöglicht.

Togo – Soziale Organisationen fordern Demokratie

Die Gewerkschaft der Bau- und HolzarbeiterInnen FTBC in Togo organisiert vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem informellen Bereich. In einer gemeinsamen Kampagne mit KonsumentInnen- und Menschenrechtsorganisationen hat die FTBC Schulungen für ihre Mitglieder zu ihren sozialen und wirtschaftlichen Rechten durchgeführt. Mittels gemeinsamen Mobilisierungen haben die beteiligten Organisationen zudem Druck auf politischer Ebene ausgeübt. Mit Erfolg: Die Regierung hat in der Folge ein Weissbuch zu nötigen Reformen von

Verfassung und Institutionen veröffentlicht. Eine tripartite Versammlung zur Situation der Medien erarbeitete Vorschläge, um die Arbeitsbedingungen der JournalistInnen zu verbessern. Schliesslich zahlte die Regierung den Lehrerinnen und Lehrern vertraglich zugesicherte Jahresprämien aus. Die in der vom SOLIFONDS unterstützten Kampagne zusammengeschlossenen Organisationen haben bei der Bevölkerung an Rückhalt gewonnen, was für den weiteren Kampf für Demokratie wichtig ist.

Burkina Faso – Frauen fordern soziale Gerechtigkeit

Frauen haben in der burkinischen Gesellschaft einen geringen Stellenwert und sind selbst in sozialen Bewegungen und Organisationen immer noch schlecht vertreten. Selbstkritisch merkt die burkinische Jugendorganisation ODJ an, dass selbst in ihrem 18-köpfigen Vorstand nur drei Frauen seien. Um den Kampf von Frauen für soziale Gerechtigkeit und Demokratie zu stärken, hat ODJ begonnen, lokale Frauengruppen aufzubauen, bisher erfolgreich in

25 Gemeinden. Vertreterinnen dieser Gruppen trafen sich im April 2014 während zwei Tagen zum Erfahrungsaustausch und zur Planung der Weiterarbeit. Dafür hat sie der SOLIFONDS unterstützt. Die Bilanz der bisherigen Arbeit ist erfreulich. Alle Frauengruppen existieren weiter und wollen die begonnene Arbeit vertiefen und verbessern, unter anderem mit regelmässigeren lokalen Treffen.

Pakistan – Für bessere Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie

Anfang Jahr trat das Abkommen GSP+ (Generalised Scheme of Preferences Plus) zwischen der Europäischen Union und Pakistan in Kraft. Das GSP+ ermöglicht es Pakistan, seine Produkte einfacher in die EU einzuführen, wovon insbesondere die Textilindustrie profitiert. Gleichzeitig sind die Handelserleichterungen an die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards gekoppelt. Hier setzt der pakistanische Gewerkschaftsdachverband NTUF an: Er will das GSP+ nutzen, um

Arbeits- und Gewerkschaftsrechte sowie bessere Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie durchzusetzen. Denn die Arbeitsbedingungen in der Branche sind hart, nationale Gesetze und internationale Konventionen werden nicht eingehalten, auch wenn Pakistan letztere ratifiziert hat. Der Gewerkschaftsdachverband NTUF macht sich mit einer vom SOLIFONDS unterstützten Kampagne dafür stark, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Rechte kennen und deren Umsetzung einfordern.

Sri Lanka – Aufbau einer Bewegung der Gewerkschaftsjugend

Auf den Teeplantagen in Sri Lanka arbeiten mehrheitlich Frauen, weit über die Hälfte der Arbeiterinnen und Arbeiter sind Jugendliche. Mit der Privatisierung der Plantagen in den 1990er Jahren war die Plantagen-gewerkschaft geschwächt worden. Festangestellte wurden entlassen und durch Temporär- oder LeiharbeiterInnen ersetzt, die Arbeitstage wurden länger. Heute sind viele der jungen PlantagenarbeiterInnen nicht gewerkschaftlich organisiert, die Gewerkschaftsführung ist von älteren Arbeitern

geprägt. Die Gewerkschaft der PlantagenarbeiterInnen führt deshalb mit Unterstützung des SOLIFONDS eine Kampagne zum stärkeren Einbezug und zur Förderung von jungen GewerkschaftsaktivistInnen durch. Während es zu Beginn schwierig war, junge ArbeiterInnen zur Teilnahme an Treffen zu bewegen, sind bereits nach mehreren Monaten Jugendgruppen entstanden, die sich aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einbringen. Die Kampagne, die noch am Laufen ist, zeigt erste Erfolge.

Unterstützungsaktionen 2014

Der Fall von Curuguaty stellt einen der schwersten Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Kriminalisierung von sozialen Bewegungen in den letzten Jahren in Südamerika dar. Am 15. Juni 2012 räumte die Polizei gewaltsam eine Landbesetzung in Marina Cue in der Provinz Curuguaty. Dabei starben 17 Personen, unter ihnen 11 Bauern und 6 Polizisten. Gegen 15 Landlose wurden in der Folge schwerwiegende Anklagen erhoben, eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle fand hingegen

In Brasilien sind Millionen von Menschen von einer Entwicklung ausgeschlossen, die ihre Lebensumstände verbessern würde. Dies trifft insbesondere auf landlose Kleinbauernfamilien zu. Brasilien setzt auf eine agroindustrielle Entwicklung, was zu immer mehr Landkonzentration und zum grossflächigen Einsatz von Pestiziden und Herbiziden führt. Kleinbauernfamilien und die kleinräumige Nahrungsmittelproduktion werden verdrängt. Die Landlosenbewegung MST fordert demgegenüber eine Umverteilung von Land, sie besetzt

Verteidigung von Land und Lebensraum

Paraguay – Rechtshilfe für Landlose

nicht statt. Ein Urteil steht noch aus. Zum Jahrestag des Massakers von Curugaty begaben sich im Juni 2013 die landlosen Bäuerinnen und Bauern erneut auf das Land von Marina Cue, welches nach einem inzwischen ergangenen Urteil des Obersten Gerichts Staatsland ist und für die Agrarreform vorgesehen war. Gegen sechs «InvasorInnen» wurde wegen der erneuten Besetzung Anklage erhoben. Der SOLIFONDS hat einen Beitrag an die Kosten für die Rechtshilfe geleistet.

Brasilien – Für Landreform und Ernährungssouveränität

Grundstücke, die nicht produktiv genutzt werden, und baut darauf Siedlungen auf. Einen wichtigen Stellenwert hat in ihrer Arbeit die Ausbildung von Basisaktivistinnen und -aktivisten: In Seminaren werden die Landlosen über die Agrarreform und über ihre Rechte informiert. Ein wichtiges Anliegen der MST ist der Kampf für Ernährungssouveränität.

Dank einem Beitrag der Speisegesellschaft Winterthur aus Anlass ihres 150-jährigen Bestehens konnte der SOLIFONDS die MST in ihrer Arbeit unterstützen.

Kolumbien – Treffen von Minenbetroffenen

Im September 2014 kamen an einem dreitägigen Treffen 120 Minenbetroffene aus ganz Kolumbien zusammen, um sich zu ihren aktuellen Problemen in der Nähe von Tagebauminen auseinanderzusetzen und ihre Situation öffentlich bekannt zu machen. Ort des Treffens war El Hatillo, ein Dorf, das von mehreren Kohleminen umgeben ist und laut Anordnung des Umweltministeriums schon längst hätte umgesiedelt werden müssen. In El Hatillo ist die Luft mit Kohlestaub durchsetzt, das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung ist untragbar ge-

worden. Die Kohleunternehmen, die für die Umsiedlung verantwortlich sind, haben die Frist vor zwei Jahren verstreichen lassen – ohne Konsequenzen von Seiten der Behörden.

Mit dem Treffen wurden die Folgen der von der Regierung geförderten Bergbaupolitik aufgezeigt, die betroffenen Gemeinden wurden zudem durch Solidaritätsbekundungen gestärkt. Dies ist wichtig, um den Druck gegenüber Regierung und Unternehmen zu erhöhen.

Ecuador – Kleinbauernfamilien gegen Freihandel

Während Ecuador im Verlauf dieses Jahres mit der Europäischen Union ein Handelsabkommen verhandelt hat, haben zahlreiche soziale Organisationen im Land eine öffentliche Diskussion über den Inhalt des Abkommens und über mögliche Folgen gefordert. Die Basisorganisation «Vientos del Sur» setzte sich insbesondere dafür ein, dass sich Kleinbauerngemeinschaften im verarmten Norden des Landes in diese Diskussion einbringen können. Dafür arbeitete sie mit volksnahen künstlerischen Aktionsformen. Die Gemein-

schaften brachten ihre Befürchtungen, dass ein Freihandelsabkommen das Überleben der Kleinproduzenten und Kleinbauernfamilien, die Saatgutvielfalt sowie die Ernährungssouveränität gefährdet, unter anderem in kollektiv erarbeiteten Wandbildern zum Ausdruck. Es war für die Gemeinschaften zweifellos ein wichtiges Ereignis, dass sie ihre politischen Forderungen öffentlich artikulieren konnten. Das Handelsabkommen wurde jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt und abgeschlossen.

Zimbabwe – Gemeinschaften gegen Ethanolfabrik

Seit 2008 kämpfen die Bauernfamilien von Chisumbanje gegen eine neu erbaute Ethanolfabrik. Es ist ein Kampf für die Nutzung von Land und Wasser sowie gegen die Verschmutzung der Umwelt. Die Bauernfamilien beauftragten 2010 die lokale Jugendorganisation PYD damit, ihre Interessen zu vertreten.

Und PYD ist es in den letzten Jahren mit Unterstützung durch den SOLIFONDS gelungen, national und international auf den Konflikt aufmerksam zu machen. Ein runder Tisch mit allen Beteiligten sollte ab 2012 nach einer

Lösung suchen. Doch nach dem Wahlsieg von Mugabes ZANU-PF-Partei 2013 wurde der Runde Tisch aufgelöst, die Zeichen stehen seither wieder auf Konfrontation. PYD-Mitglieder werden eingeschüchtert, die Ernten der Bauernfamilien zerstört. Die Botschaft ist klar: Sie sollen ihr Stück Land verlassen. In dieser schwierigen Situation engagiert sich die Jugendorganisation PYD weiterhin für Gespräche zwischen Gemeinden, Regierung und dem Unternehmen, um eine friedliche Lösung zu finden.

Indien – Marsch für die Rechte der Adivasi

Neue Naturschutzgebiete oder die Ausweitung bestehender führen in Zentralindien zur Vertreibung indigener Gemeinschaften (Adivasi) – oft gefolgt von Bergbau- oder Waldnutzungsprojekten. Diese Entwicklung widerspricht indischem Recht. Gemäss dem 2008 in Kraft getretenen Gesetz über die Urwälder (Forest Rights Act) sind die Waldgebiete geschützt und die dort lebenden Menschen haben ein Recht auf das Land. Demnach müsste den einzelnen Familien Land für ihre landwirtschaftliche Tätigkeit und den Gemeinden Land

für gemeinschaftliche Aufgaben überschrieben werden. Doch das Gegenteil passiert.

Im November und Dezember 2014 organisiert deshalb die Landrechtsorganisation MJVS, eine Teilgruppe von Ekta Parishad, unterstützt vom SOLIFONDS, einen Marsch durch hundert Adivasi-Dörfer. Dort nehmen sie deren Forderungen und Vorschläge bezüglich ihrer Situation entgegen. Zum Schluss werden alle Forderungen zusammengetragen und den zuständigen Behörden und Politikern überbracht.



Pakistan – Antiterrorismusklagen gegen Gewerkschafter zu Fall bringen

In Faisalabad wurden vor drei Jahren 14 Gewerkschafter zu gesamthaft 490 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil fällte ein Antiterrorismusgericht, nachdem ein Fabrikbesitzer schwere Anschuldigungen erhoben hatte. Zuvor hatten die Arbeiter in den Webereifabriken eine Erhöhung ihrer knappen Löhne gefordert.

Eine schon lange eingereichte Beschwerde gegen das skandalöse Urteil ist bisher nicht vom Fleck gekommen. Mit Unterstützung durch den SOLIFONDS

arbeitet die Gewerkschaft nun verstärkt darauf hin, dass der Fall wieder aufgenommen wird und die angeklagten Gewerkschafter freigesprochen werden. Dazu scheint der Zeitpunkt günstig, denn in der Zwischenzeit sind in Karachi andere Gewerkschafter, ebenfalls nach dem Antiterrorismugesetz angeklagt, freigesprochen worden – nicht zuletzt wegen der durch den Gewerkschaftsdachverband NTUF organisierten Rechtshilfe und Öffentlichkeitskampagne.

Kasachstan – Solidarität mit gefangenen GewerkschafterInnen

In Kasachstan kam es vor drei Jahren zu einem der grössten Arbeitskonflikte der nachsowjetischen Zeit. Tausende Ölarbeiter streikten. Die Proteste weiteten sich aus, die Stadt Zhanaozen wurde zum Zentrum des permanenten Protests. Im Dezember 2011 griff die Polizei mit brutaler Gewalt ein, mindestens 16 Menschen starben. 37 Verhaftete wurden mit schwerwiegenden Anklagen konfrontiert, 7 von ihnen zu langen Haftstrafen verurteilt. Der SOLIFONDS hat sich an einer internationalen Solidaritätskampagne mit den Gefangenen beteiligt. Der

Druck auf die kasachische Regierung hat Erfolg gezeigt: Die GewerkschafterInnen sind aus dem Gefängnis entlassen worden. Jedoch ist ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt, einige leiden unter gesundheitlichen Beschwerden infolge ihrer Gefangenschaft.

Die Solidaritätsbekundungen sind für die Bewegung der ArbeiterInnen in Kasachstan enorm wichtig. Denn sie lassen sich nicht davon abhalten, ihre Rechte einzufordern, obwohl ein neues Gesetz ihre unabhängigen Gewerkschaften ab 2015 zu kriminalisieren droht.

Kolumbien – Gegen die Kriminalisierung sozialer Proteste

In Kolumbien haben die sozialen Proteste zugenommen. Gleichzeitig kommt es vermehrt zu Kriminalisierung und konstruierten Anklagen gegen Aktivistinnen und Aktivisten. Die Betroffenen geraten durch solche Anschuldigungen zusätzlich ins Visier von Paramilitärs. Um gegen willkürliche Verhaftungen und konstruierte Anklagen anzukämpfen, organisiert das Solidaritätskomitee mit politischen Gefangenen (CSPP) die Rechtsverteidigung von angeklagten Gewerkschafterinnen

und Gewerkschaftern, Studierenden sowie Bäuerinnen und Bauern. Derzeit bildet das CSPP mit Unterstützung des SOLIFONDS AktivistInnen als MenschenrechtsverteidigerInnen aus. Diese begleiten die Protestaktionen von Basisorganisationen oder Gewerkschaften, sie dokumentieren Übergriffe und leisten erste Rechtsberatung für Verhaftete. Sie sind damit für die Einforderung demokratischer Rechte und im Kampf gegen die Kriminalisierung von grosser Bedeutung.

Kolumbien – Solidaritätskarawane gegen die Militarisierung

Das kolumbianische Netzwerk von Gewerkschaften und Sozialbewegungen REDHER hat im August dieses Jahres zusammen mit der Bauernbewegung CNA eine zehntägige Karawane in die südliche Region Nariño durchgeführt, um die Auswirkungen der Militarisierung auf die Lebenssituation und die Rechte der dortigen Bevölkerung sichtbar zu machen und die lokalen Bewegungen zu unterstützen. Im Departement Nariño sind grosse Militäroperationen zur Guerillabekämpfung durchgeführt worden. Für die Bevölkerung war diese

Militarisierung gleichbedeutend mit einem Verlust ihrer Grundrechte, denn sie bedeutete Übergriffe und Vertreibungen, Pauschalverdächtigungen, Verschwindenlassen von Personen und Morde. Die vom SOLIFONDS unterstützte Karawane wurde von den Beteiligten als Erfolg gewertet: Es ist gelungen, die Situation der betroffenen Bevölkerung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Der Besuch der vierzigköpfigen Karawane war zudem eine wichtige Solidaritätsbekundung für die betroffene Bevölkerung.

Information und Vernetzung

Neben der finanziellen Unterstützung ist die Information über Kampagnen und Aktionen unserer Partnerorganisationen und deren Hintergründe ein wichtiges Anliegen des SOLIFONDS, ebenfalls die Vernetzung mit andern Organisationen, um mehr Reichweite und Gewicht zu erlangen.

Hinzu kommen Protestschreiben, von denen der SOLIFONDS jedes Jahr eine grössere Zahl verfasst, an Regierungen oder Unternehmen. Ebenfalls initiiert der SOLIFONDS wiederholt Protestbriefaktionen von Gewerkschaften und weiteren Organisationen. Wenn es beispielsweise um einen Streik oder um Übergriffe von Sicherheitskräften geht, muss dies schnell geschehen. Unsere Partnerorganisationen betonen immer wieder, wie wichtig solche Protestschreiben für sie sind, weil sie Druck auf ihre Regierungen oder Unternehmen von internationaler Seite her herstellen.

Bildung / Veranstaltungen

10.10.13: Vortrag über die Arbeit des SOLIFONDS an den Linken Hochschultagen der Universität Zürich.

15./16.11.13: Durchführung einer Konferenz zur Landfrage im Südlichen Afrika, zusammen mit FEPA, Afrika-Komitee und Zentrum für Afrikastudien der Uni Basel. Mit Beteiligung von VertreterInnen von Organisationen, mit denen der SOLIFONDS zusammenarbeitet: LandarbeiterInnengewerkschaft CCSAWU und Landrechtsorganisation TCOE aus Südafrika sowie PYD, Jugendorganisation aus Zimbabwe.

15.1.14: An «Baden ist. solidarisch», einem Anlass der Unia Baden als lokaler Gegenveranstaltung zum WEF, nimmt der SOLIFONDS mit einem Kurzreferat teil.

20.2.: An einer Parteiversammlung der SP Schaffhausen stellt der SOLIFONDS seine Arbeit vor.

22.2.: Teilnahme an der Konferenz «Beyond Aid» von medico international in Frankfurt, Treffen mit Nasir Mansoor vom pakistanischen Gewerkschaftsdachverband NTUF, mit dem der SOLIFONDS seit längerem in Kontakt steht.

10.3.: Teilnahme an einem von der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien organisierten Treffen mit Gloria Holguín von der NGO PAS zur Umsiedlung eines Dorfes in der Nähe von kolumbianischen Kohleminen.

8.5.: Kurzreferat an einer öffentlichen Veranstaltung des Guatemalanetzes Bern zu Bergbau- und Megaprojekten, Widerstand der Bevölkerungen und Kampf für ein anderes Entwicklungsmodell.

9.5.: Am PeaceWatch-Training für MenschenrechtsbeobachterInnen führt der SOLIFONDS ein Modul zu

Freihandel in Lateinamerika und zur Situation in Honduras durch.

13./14.5.: Im Lehrgang «Management in gewerkschaftlichen Organisationen» des Bildungsinstituts der Gewerkschaften «movendo» führt der SOLIFONDS einen eineinhalbtägigen Kurs zu Globalisierung und internationaler Solidarität durch.

21.-25.5.: Teilnahme am Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbunds und an der internationalen Konferenz von LabourStart in Berlin. Treffen mit verschiedenen SOLIFONDS-PartnerInnen: Myrtle Witbooi

(SADSAWU, Südafrika), Nasir Mansoor (NTUF, Pakistan), Rachid Malaoui und Yamina Meghraoui (SNAPAP, Algerien), Kamal Abbas (CTUWS, Ägypten).

23.6.: Anlässlich einer Anhörung des Ständigen Völkertribunals (Tribunal Permanente de los Pueblos TPP) in Genf hat der SOLIFONDS Gelegenheit, GewerkschafterInnen und Betroffene von Minenaktivitäten aus diversen Ländern in Lateinamerika, Asien, Afrika zu treffen.

16.8.: Der SOLIFONDS beteiligt sich mit einem Stand am Lateinamerika-Solidaritätsfestival in Bern.

Vernetzung

MultiWatch

MultiWatch beobachtet seit 2005 die Tätigkeiten von multinationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz, um öffentlich zu machen, wo diese Menschenrechte verletzen und an Konflikten beteiligt sind. Der SOLIFONDS engagiert sich im Vorstand und in Arbeitsgruppen von MultiWatch. In diesem Rahmen war er Teil einer Kampagne zu Glencore Xstrata. Insbesondere hat er sich bei der Erarbeitung und Veröffentlichung des Buches «Milliarden mit Rohstoffen – Der Schweizer Konzern Glencore Xstrata» engagiert. Weiter hat er sich an der Organisation und Durchführung zahlreicher öffentlicher Veranstaltungen beteiligt.

KEESA

Im November 2013 organisierte die KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika) eine Tagung zu Landfrage im südlichen Afrika mit der Beteiligung von VertreterInnen von Partnerorganisationen des SOLIFONDS. (siehe oben)

Im Juni hob der Bundesrat die Archivsperre über Akten aus der Apartheidzeit auf, die er 2003 zum Schutz von Schweizer Banken und Unternehmen, die mit dem Apartheidstaat geschäftet hatten, erlassen hatte.

Ende August wies die New Yorker Bezirksrichterin Scheindlin die Apartheidklagen endgültig ab. Sie bedauerte, diesen Entscheid fällen zu müssen, denn da-

mit blieben die Opfer der Apartheid ohne Genugtuung, doch sie sei an den Entscheid des Obersten US-Gerichts gebunden.

Seit dem Frühjahr liefen die Vorbereitungen für eine weitere Tagung für November 2014, die sich dem Wandel und der Kontinuität im Bergbausektor im Südlichen Afrika widmete. Dabei wurde auch die Rolle von Schweizer Unternehmen thematisiert.

Treffen / Besuche

Sie sind auf Durchreise oder nehmen an einer Konferenz in der Schweiz teil und benutzen diese Gelegenheit, um den SOLIFONDS zu treffen und mit uns Informationen auszutauschen.

Dieses Jahr waren es drei Arbeiter, die vom Konzern Mondelez, dem Hersteller der Toblerone, in Ägypten entlassen worden waren. Der SOLIFONDS begleitete die Arbeiter zudem an eine Protestdemo vor dem europäischen Hauptsitz von Mondelez in Oerlikon.

Sara Méndez von der mexikanischen Menschenrechtsorganisation Código DH und Philipp Gerber von Educa Oaxaca berichteten bei ihrem Besuch zu den Entwicklungen in Oaxaca und in Mexiko generell.

Mit José de Echave trafen wir uns anlässlich einer MultiWatch-Veranstaltung in Bern. José de Echave ist

NRO-Koordination Kolumbien

Der SOLIFONDS ist Teil der Koordination von Nichtregierungsorganisationen, die in Kolumbien Projekte unterstützen – ein Ort der Vernetzung und der Information.

GLI – Summer School

7.-11.7.: Teilnahme an der internationalen summer school vom Global Labour Institute GLI in Barnsley, England.

von der peruanischen Nichtregierungsorganisation CooperAcción und befasst sich eingehend mit den Auswirkungen des Megabergbaus in Peru.

Im Dezember 2013 begleitete der SOLIFONDS eine Delegation von ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights) und der kolumbianischen Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal an ein Treffen mit ParlamentarierInnen sowie an ein Treffen im EDA, an welchen über den Fall Nestlé vor Gericht und die aktuelle Situation von GewerkschafterInnen in Nestlé-Betrieben in Kolumbien informiert wurde, insbesondere auch über den jüngsten Mordfall eines Nestlé-Gewerkschafters. Zusammen mit MultiWatch und ASK wurde in Bern eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt.

Ihren Besuch in Hamburg konnten wir für ein Treffen

nutzen: Mushrefa Mishu, Präsidentin der Gewerkschaft von TextilarbeiterInnen GWUF.

Mit Regina Kretschmer, die für FIAN eine Analyse der Ereignisse rund um das Massaker von Curuguaty in Paraguay erarbeitet hat, trafen wir uns zu einem Informationsaustausch. Die gleichen Themen diskutierten wir im Juni mit Miguel Lovera, Ex-Leiter der Saatgutkontrollstelle unter der Regierung von Lugo in Paraguay.

Marco Arana, der die Bauerngemeinschaften in Cajamarca in ihrem Kampf zur Verteidigung ihres Landes gegen den Bergbaugiganten Yanacocha/Newmont unterstützt, berichtete uns zur kritischen Situation vor Ort.

Im Juli weilte Aneesh Thillenkery von der indischen Landrechtsorganisation MJVS in der Schweiz. Wir nutzten seine Anwesenheit, um das Unterstützungsgesuch von MJVS zu diskutieren.

Im Oktober koordinierte und begleitete der SOLIFONDS eine Dreierdelegation der Gewerkschaft der LeiharbeiterInnen bei Holcim in Indien (PCSS). Diese reiste für ein Treffen anlässlich ihrer OECD-Klage gegen Holcim in die Schweiz (siehe Seite 4), während ihres Besuchs organisierte der SOLIFONDS zudem diverse Treffen und Veranstaltungen sowie Gespräche mit MedienvertreterInnen.

MultiWatch : Milliarden mit Rohstoffen – Der Schweizer Konzern Glencore Xstrata

Während Glencore Xstrata hohe Gewinne schreibt und sich als nachhaltiges Unternehmen präsentiert, wird der Konzern von Betroffenen in Abbauregionen mit Ausbeutung von Menschen und Umwelt in Verbindung gebracht. Vielerorts werden Mitspracherechte von Anwohner_innen missachtet, Proteste von Arbeiter_innen und der Bevölkerung gewaltsam niedergeschlagen oder kriminalisiert.

MultiWatch zeichnet Konfliktfelder nach und lässt Menschen zu Wort kommen, die von den negativen Auswirkungen betroffen sind, sich aber gegen die zerstörerischen Folgen des Rohstoffabbaus wehren.

190 Seiten, broschiert, Fr. 24.–, ISBN 978-3-85990-222-0. Beim SOLIFONDS erhältlich.



Die Jahresrechnung 1.10.2013 – 30.9.2014 im Überblick

Einnahmen

Beiträge Stifter- und Mitsifterorganisationen	45'765.00
Einbezahlte Beitragsversprechen	126'420.00
Zweckgebundene Einzelspenden	126'795.69
Organisationsspenden	82'000.00
Freie Spenden	109'096.02
Ausserordentliche Einzelspenden	70'000.00
Spenden 30 Jahre	8'316.00
Honorare / Verwaltungskostenbeiträge	3'483.10
Zinserträge	1'562.10
Total Einnahmen	573'437.91

Ausgaben

Koordinationsaufwand	-174'683.80
Betriebsaufwand	-23'564.16
Informationsaufwand	-35'668.87
Unterstützungen an Partnerorganisationen 1)	-311'550.95
Einlage Rückstellungen	-21'952.14
Total Ausgaben	-567'419.92
Überschuss	6'017.99

1) Unterstützungen an Partnerorganisationen

Afrika:

		Gewerkschaften, Arbeitsrechte	Frauenrechte, Gleichstellung	Rechtshilfe	Menschenrechte	Demokratie	Frieden	Landfrage Lebensgrundlagen
Mali – Hausarbeiterinnen	3'356.30	x	x					
Tunesien – Université ouvrière	24'000.00					x		
Ägypten – Unabh. Gewerkschaften	53'416.50	x				x		
Algerien – Unabh. Gewerkschaften	27'044.60	x				x		
Burkina Faso – Partizipation Frauen	6'316.35		x			x		
Togo – Gewerkschaftsdemokratie	12'000.00	x				x		
Zimbabwe – Gegen Ethanolfabrik	5'091.50				x			x

Asien / Osteuropa:

Bangladesh – Textilarbeiterinnen	18'847.00	x	x					
Kambodscha – Textilarbeiterinnen	9'498.00	x						
Indien – Holcim-Kampagne	6'182.55	x						
Pakistan – Heimarbeiterinnen	12'272.00	x	x					
Israel/Palästina – Rechtshilfe	5'000.00	x	x					
Indien – Landrechte Adivasi	9'000.00				x			x
Pakistan – Gewerkschaftsrechte	18'640.00	x						
Osteuropa – Solidaritätskampagne	24'544.00	x						

Lateinamerika:

Kolumbien – Streik Leiharbeiter	21'472.60	x	x					
Peru – Rechtshilfe Leiharbeiter	2'601.50	x	x					
Paraguay – Rechtshilfe, Mobilisierung	4'500.00		x					x
Brasilien – Ernährungssouveränität	16'000.00				x			x
Kolumbien – Treffen Minenbetroffener	5'000.00				x			x
Ecuador – Kamp. Handelsabkommen	10'392.55					x		x
Kolumbien – Recht auf Protest	6'892.00				x	x		
Kolumbien – Karawane Nariño	7'483.50				x		x	
Kleinstunterstützungen	2'000.00							

Total 311'550.95

Jahresrechnung im Detail

(in CHF)	Rechnung 2013/14	Rechnung 2012/13
Beiträge Stifter	42'000.00	42'000.00
Beiträge Mitstifter	3'765.00	3'940.00
Zinserträge	1'562.10	2'391.00
Personalaufwand	- 174'683.80	- 174'164.40
Betriebsaufwand	- 23'564.16	- 22'011.35
Zwischentotal	- 150'920.86	- 147'844.75
Einnahmen Honorare / Verwaltungskostenbeiträge	3'483.10	4'141.00
20% Projektbearbeitung	58'511.00	62'261.00
KOORDINATION	- 88'926.76	- 81'442.75
Informationsaufwand	- 36'477.27	- 29'620.48
Werbeaktion 30 Jahre	0.00	- 5'662.85
Broschürenverkauf	808.40	105.60
Zwischentotal	- 35'668.87	- 35'177.73
10% Informationsaufwand Aktionen	23'470.00	28'044.00
Rückstellung für Informationsaufwand	0.00	0.00
Bezug Recherchierfonds	47.60	- 105.60
INFORMATION	- 12'151.27	- 7'344.93
UNTERSTÜTZUNGSAKTIONEN		
<i>Beitragsversprechen</i>		
Beitragsversprechen	126'420.00	125'280.00
Zweckgebundene Spenden	88'851.64	93'773.23
Unterstützungen an Partnerorganisationen	- 111'187.65	- 112'873.90
Zwischentotal	104'083.99	106'179.33
Projektbearbeitung	- 21'453.00	- 22'215.00
Informationsaufwand	- 10'725.00	- 11'107.00
Einlage Rückstellungen	- 71'905.99	- 72'857.33

(in CHF)

Rechnung 2013/14

Rechnung 2012/13

1.-Mai-Aktion

Spenden 1.-Mai-Aktionen	34'609.10	26'840.50
Unterstützungen aus 1.-Mai-Aktionen	- 18'847.00	- 4'095.20
<i>Zwischentotal</i>	<i>15'762.10</i>	<i>22'745.30</i>
Projektbearbeitung	- 3'769.00	- 819.00
Informationsaufwand	- 1'885.00	- 410.00
Einlage Rückstellungen	- 10'108.10	- 21'516.30

Aktionskasse

Spenden 30-Jahre-Jubiläum	8'316.00	23'473.63
laufende Spenden	63'334.95	69'927.85
Unterstützungen aus Aktionskasse	- 108'604.30	- 157'259.92
<i>Zwischentotal</i>	<i>- 36'953.35</i>	<i>- 63'858.44</i>
Projektbearbeitung	- 21'720.00	- 31'170.00
Informationsaufwand	- 10'860.00	- 15'586.00
Bezug Rückstellungen	69'533.35	110'614.44

Diverse Aktionen

Zweckgebundene Spenden Diverse Aktionen	92'000.00	43'000.00
Ausgaben an Partnerorg. Diverse Aktionen	- 70'912.00	- 45'570.00
<i>Zwischentotal</i>	<i>21'088.00</i>	<i>- 2'570.00</i>
Projektbearbeitung	- 11'569.00	- 8'057.00
Informationsaufwand	0.00	- 941.00
Einlage (-)/Bezug (+) Rückstellungen	- 9'519.00	11'568.00

Kleinstunterstützungen

- 2'000.00 - 2'500.00

TOTAL UNTERSTÜTZUNGSAKTIONEN

- 2'000.00 - 2'500.00

Freie Spenden 109'096.02 112'264.21

Einlage Rückstellung Informationsfonds 0.00 - 15'000.00

GEWINN (+) / VERLUST (-)

+ 6'017.99

+ 6'082.13

Bilanz per 30. September 2014

(in CHF) **Bilanz 2013/14** **Bilanz 2012/13**

Umlaufvermögen

Postcheck	36'894.63	20'607.35
E-Depositenkonto Postfinance	140'288.50	90'052.80
ZKB – Depositenkonto	1'455.29	1'506.69
ZKB – Sparkonto	112'480.10	112'355.50
Diverse Debitoren	3'105.30	2'176.10
Transitorische Aktiven	2'900.00	23'326.50

Anlagevermögen

Depositenkonto WOGENO	81'429.00	81'264.95
Mobililar + Einrichtung	1.00	1.00
Beteiligungen		

AKTIVEN **378'553.82** **331'290.89**

(in CHF) **Bilanz 2013/14** **Bilanz 2012/13**

Fremdkapital

Diverse Kreditoren	9'720.30	7'177.50
Transitorische Passiven	25'700.00	8'950.00

Rückstellungen Aktionen

BV 2/11 – Indien/Pakistan	10'047.77	16'952.32
BV 3/11 – Südspanien/B'desh	14'323.64	14'323.64
BV 2/12 – Guatemala	27'246.80	27'246.80
BV 2/13 – Peru	39'086.48	35'731.48
BV 1/14 – Osteuropa	42'445.54	0.00
Pakistan – Heimarbeiterinnen	14'887.00	0.00
1. Mai – Algerien	21'816.30	21'516.30
1. Mai – Bangladesh	9'808.10	0.00
Aktionskasse	26'659.68	68'551.03

Rückstellungen allgemein

Informationsfonds	42'232.19	42'232.19
Recherchierfonds Südafrika	10'746.80	10'794.40

Stiftungsvermögen

Eingangsbilanz	77'815.23	71'733.10
Jahresergebnis	+ 6'017.99	+ 6'082.13
Eigenkapital	83'833.22	77'815.23

PASSIVEN **378'553.82** **331'290.89**

Kommentar zur Jahresrechnung

Das Jahr 2014 begann für den SOLIFONDS **mit einer erfreulichen Überraschung**: Eine Spenderin überwies uns im Januar 30'000 Franken. Ein höchst willkommener Zustupf für unsere Aktionskasse, die uns dringliche Unterstützungen ermöglicht. Im Frühling dann erreichte uns **die gute Nachricht der Speisegesellschaft Winterthur**, dass sie aus Anlass ihres 150-jährigen Bestehens zwei Partnerorganisationen des SOLIFONDS mit 40'000 Franken unterstützen werde. Wir verstehen diese ausserordentlichen Zuwendungen auch als Wertschätzung unserer Solidaritätsarbeit.

Die Einzahlungen der Beitragsversprechen waren etwas höher (+1'160) als im Vorjahr, leicht zurück gingen die freien Spenden (-3'200). Einen Rückgang verzeichneten auch die Zuwendungen von Stiftungen und Organisationen (-10'000). Eine grössere Einbusse müssen wir bei den zweckgebundenen Einzelspenden verzeichnen (-14'000). Die übrigen Zuwendungen und Einnahmen bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Auf der Ausgabenseite ist der Aufwand für die Koordination 2014 praktisch gleich geblieben wie im Vorjahr. Auch die Ausgaben für die Betriebskosten (+1'500) und die Information (Übersetzungen, Druck und Versand der Informationsbulletins, +500) blieben auf Vorjahresniveau. Die Überweisungen an unsere Partnerorganisationen gingen zurück (-1'1'000), dafür

nahmen die diesbezüglichen Rückstellungen zu (+22'000). Mit einem **Überschuss von Fr. 6'017.99** schliesst die Rechnung 2014 praktisch gleich ab wie im Vorjahr.

Der vom SOLIFONDS treuhänderisch verwaltete SAH-Personalsolifonds wies per 30.9.2014 einen Stand von Fr. 126'861.95 (Vorjahr: 146'085.85) aus.

Das Verhältnis zwischen finanziellen Unterstützungen an unsere Partnerorganisationen und Koordination (im Wesentlichen Lohnkosten) führt bisweilen zu kritischen Fragen von Spendenden. Im Nachfolgenden möchten wir auf diese Fragen eingehen.

Der SOLIFONDS unterstützt Aktionen und Kampagnen von Partnerorganisationen zur politischen Durchsetzung von Rechten und Forderungen finanziell. Dabei variieren die Beitragsgrössen zwischen wenigen Tausend und einigen Zehntausend Franken, wobei der Aufwand für das Koordinationsbüro nicht gross differiert. Sollten wir deshalb die kleinen zugunsten der grösseren Unterstützungen fallen lassen? Der SOLIFONDS meint nicht, denn kleine Unterstützungen sind oft genauso wichtig und wirksam wie grosse, das hängt sehr von den Umständen und Kosten in den jeweiligen Ländern ab.

Finanzielle Unterstützung ist aber nur die eine Seite, Information und politi-

sche Unterstützung gehören genauso zum Auftrag des SOLIFONDS. Der SOLIFONDS berichtet über Solidaritätsaktionen – dazu gehören Informationsbulletins, Kampagnen und Veranstaltungen – und unterstützt seine Partnerorganisationen mit politischer Arbeit in und von der Schweiz aus. Wir vermitteln ihnen Zugang zu staatlichen Stellen oder Organisationen in der Schweiz und begleiten sie. Jedes Jahr formuliert das Koordinationsbüro zahlreiche Protestschreiben oder initiiert internationale Protestbriefaktionen. Dieser Bereich der Unterstützungsarbeit ist ein nicht unbedeutender Teil der Koordinationsarbeit, aber er ist nicht so direkt sichtbar wie die Summe der Überweisungen an die Partnerorganisationen.

Weiter prüft das Koordinationsbüro Gesuche eingehend, die dann aufgrund verschiedener Faktoren nicht unterstützt werden können, es pflegt stetigen Kontakt zu den unterstützten Partnerorganisationen, nimmt die Gelegenheit wahr, VertreterInnen von Partner- oder weiteren befreundeten Organisationen zu treffen, die sich auf der Durchreise in der Schweiz befinden, verfolgt die politischen Entwicklungen in zahlreichen Weltregionen und arbeitet aktiv in Netzwerken wie Multi-Watch und KEESA mit.

Neben den Unterstützungsaktionen und der Informationsarbeit übernimmt das Koordinationsbüro mit zwei 70-Prozent-Stellen die gesamte Administration oder auch die Herstellung der Informationsbulletins und Jahresberichte.

Bericht der Revisionsstelle

zur Eingeschränkten Revision an den Stiftungsrat des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt, Neuenburg (SOLIFONDS)

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Betriebsrechnung) der Stiftung Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (SOLIFONDS) für das am 30. September 2014 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlansagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsys-

tems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Stiftungsurkunde entspricht.

*Gelterkinden, 27. Oktober 2014
BERO Treuhand AG, Roland Laube,
Dipl. Wirtschaftsprüfer*

Beitragsversprechenden, Spenderinnen und Spendern, den Stiftungen Berti Wicke, Crain-Zivvy und GlobalLokal sowie dem SAH-Personalsolifonds danken wir auch im Namen unserer Partnerorganisationen ganz herzlich für ihre Unterstützung.

Ein besonderer Dank geht dieses Jahr an die Speisegesellschaft Winterthur für ihre generöse Spende anlässlich ihres 150-Jahre-Jubiläums und an jene grosszügige Spenderin, die uns zum Einstieg ins 2014 mit ihrer ausserordentlichen Spende in unserer Arbeit bestärkt hat.

Die Stiftung SOLIFONDS

Der SOLIFONDS bezweckt laut Stiftungsurkunde, «den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt und den Kampf um die Erringung und Gewährleistung der Menschenrechte, insbesondere der politischen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der ganzen Welt, zu unterstützen sowie darüber in der Schweiz zu informieren».

Die Stiftung wird getragen vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, der SP Schweiz, von Solidar Suisse/SAH und den entwicklungspolitischen Organisationen Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern (EvB), Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahrauische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (FEPA).

SOLIFONDS – Informationsbulletin Nr. 90

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt» – SOLIFONDS.
Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich

SOLIFONDS, Quellenstr. 25, Postfach, 8031 Zürich

Dem Stiftungsrat gehören an :

SGB :

Luca Cirigliano, Dan Gallin, Hans Schäppi (Präsident).

SPS :

Rosmarie Joss (ab Jan. 14), Jean Christophe Schwaab, Cédric Wermuth.

Solidar Suisse/SAH :

Bruno Gurtner, Anja Ibkendanz, Esther Maurer.

Mitstifter :

Thomas Braunschweig (EvB), Dieter Drüssel (Zentralamerika-Sekretariat), Barbara Müller (Afrika-Komitee), Stephan Suhner (ASK).

Koordination :

Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann.

Buchhaltung :

Bruno Hangarter.

Der SOLIFONDS ist auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Der SOLIFONDS finanziert seine Unterstützungskaktionen ausschliesslich mittels privaten Spenden:

Beitragsversprechen ermöglichen dem SOLIFONDS, rasch auf dringende Unterstützungsgesuche zu reagieren. Sie sind im Voraus fest zugesicherte Spenden, die der Stiftungsrat dreimal im Jahr für eine bestimmte Aktion abrufft. Der SOLIFONDS ist auf mehr Beitragsversprechen angewiesen!
(siehe nebenstehenden Talon)

Spenden erlauben es dem SOLIFONDS, soziale Bewegungen in einer Vielzahl von Aktionen und Kämpfen zu unterstützen und so konkrete Solidarität zu leisten.

Legate sind für den SOLIFONDS eine unschätzbare zusätzliche Unterstützung, die ihn in seiner Arbeit für eine gerechte und solidarische Welt bestärken.

Ausserdem erhält der SOLIFONDS punktuell Beiträge von **befreundeten Stiftungen** und dem **SAH-Personalsolifonds** für spezifische Aktionen.

Der SOLIFONDS ist als gemeinnützige Organisation anerkannt. Spenden können von den Steuern abgezogen werden.

*Helfen Sie mit, den SOLIFONDS
bekannt zu machen.
Merci!*





Der SOLIFONDS braucht mehr Beitragsversprechen!

In vielen Fällen, beispielsweise bei einem Streik, bei Landbesetzungen oder bei Verhaftungen, muss der SOLIFONDS rasch und unbürokratisch auf Anfragen reagieren können. Dazu brauchen wir möglichst viele Beitragsversprechen: im Voraus zugesagte Spenden, die bei Bedarf maximal dreimal pro Jahr durch den Stiftungsrat abgerufen werden können. Mit unserem Informationsbulletin informieren wir Sie über die unterstützten Aktionen.

Ich unterzeichne ein Beitragsversprechen

und verpflichte mich, auf Abruf für eine Aktion Fr. _____ einzuzahlen.

(Maximal dreimal pro Jahr. Gilt für zwei Jahre)

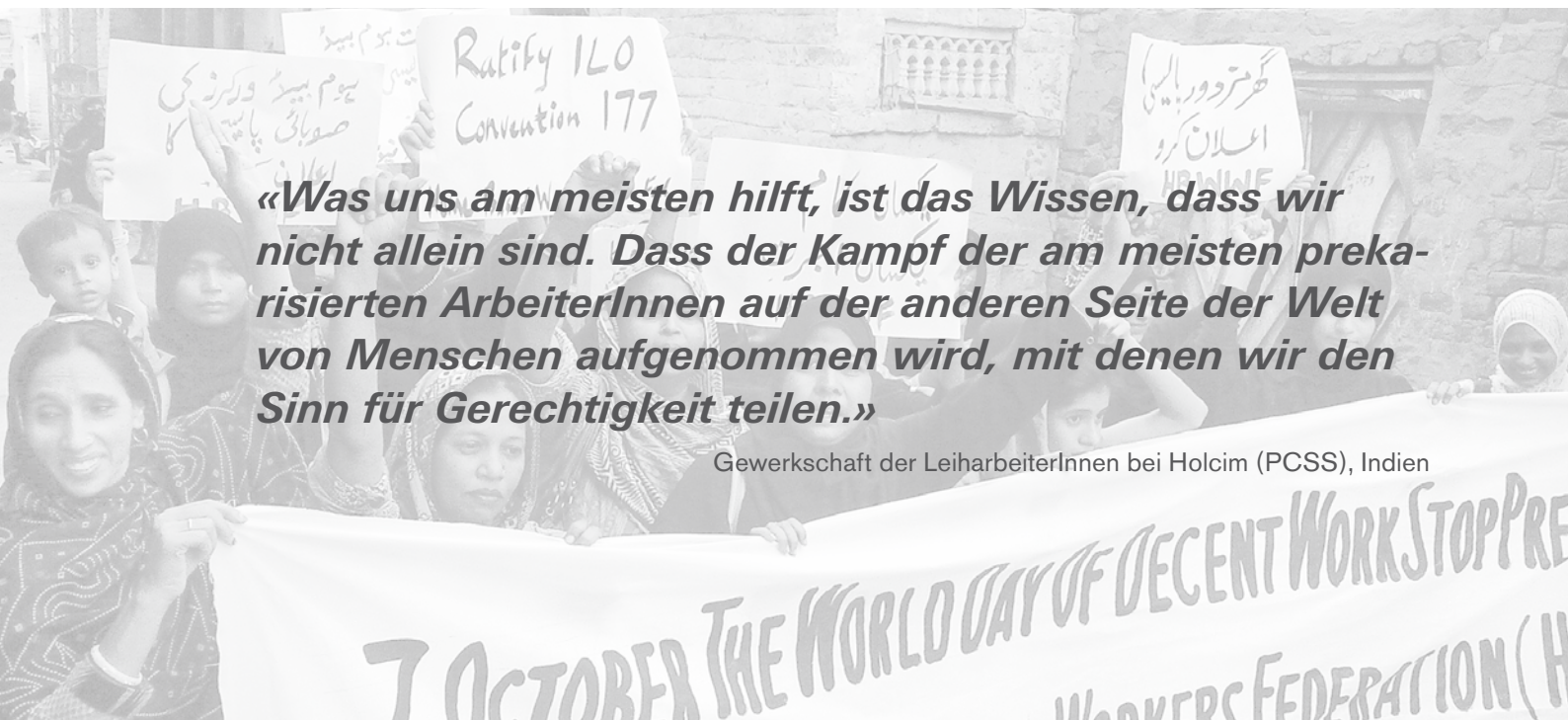
Vorname, Name

Adresse

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift





«Was uns am meisten hilft, ist das Wissen, dass wir nicht allein sind. Dass der Kampf der am meisten prekarierten ArbeiterInnen auf der anderen Seite der Welt von Menschen aufgenommen wird, mit denen wir den Sinn für Gerechtigkeit teilen.»

Gewerkschaft der LeiharbeiterInnen bei Holcim (PCSS), Indien